

Politik

Artikel aus der
Stuttgarter Zeitung
vom 16.02.2005

[\[«« zurück\]](#)

Die Statistik sieht keine Visa-Affäre**Zahl ukrainischer Opfer sinkt**

Im Zusammenhang mit der Visa-Affäre wird über einen Sumpf von organisierter Kriminalität, Schleusertum und sexueller Ausbeutung spekuliert. Das müsste sich in der Kriminalstatistik niederschlagen. Doch die liefert ein differenziertes Bild.

Von Stefan Geiger

Im Jahre 2000 sind das Recht und die Praxis bei der Visaerteilung durch die deutschen Auslandsvertretungen gelockert worden - und zwar weltweit. Erst seit kurzem gelten wieder schärfere Regeln. Wäre die liberalere Visapolitik massenhaft von Kriminellen missbraucht worden, so müsste sich das in der vom Bundeskriminalamt geführten Kriminalstatistik niederschlagen. Tatsächlich ist die Zahl der in Deutschland registrierten nichtdeutschen Tatverdächtigen vom Jahr 2000 bis 2003 kontinuierlich gesunken. (Die Zahlen für 2004 liegen noch nicht vor.) 2000 waren es noch 589 109 ausländische Tatverdächtige, drei Jahre später 553 750. Weil zugleich die Zahl der deutschen Tatverdächtigen gestiegen ist, sank der prozentuale Anteil der Ausländer von 25,8 auf 23,5 Prozent.

Wäre da nicht die Ukraine. Die amtlichen Zahlen für dieses Land scheinen nämlich auf den ersten Blick die Vorwürfe gegen das Auswärtige Amt zu bestätigen. Gemessen an Größe, Lage und Bedeutung ihres Landes für die Bundesrepublik finden sich seit Jahren ungewöhnlich viele Menschen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit in der deutschen Kriminalstatistik. Einen höheren Anteil an Tatverdächtigen lieferten 2001 und 2002 nur die Türkei, das ehemalige Jugoslawien, Polen und Italien - Länder also, aus denen viele Menschen dauerhaft in Deutschland leben.

Der Anteil der Tatverdächtigen aus der Ukraine an allen nichtdeutschen Tatverdächtigen pendelte mehrere Jahre um die 2-Prozent-Marke. 2001 und 2002 aber schnellte der Wert auf 3,0 beziehungsweise 3,1 Prozent hoch - eine ungewöhnliche Steigerung von etwa 50 Prozent. 2003 freilich, also noch während der Phase einer liberaleren Praxis, sank der Wert schon wieder auf 2,3 Prozent.

Der erste Blick täuscht. Viele Ausländer tauchen in der Kriminalstatistik nur auf, weil sie gegen Vorschriften des Ausländer- oder des Asylrechts verstoßen. Rechnet man solche Verstöße heraus, hat sich die Kriminalitätsbelastung durch Ukrainer von 2000 bis und 2003 nicht merklich erhöht. Die Zahlen pendelten in dieser Zeit zwischen 5576 und 5744 Tatverdächtigen - oder zwischen 1,3 und 1,4 Prozent. Die Steigerung bei ausländerrechtlichen Delikten aber kann nur schwer mit der Visa-Affäre in Zusammenhang gebracht werden. Denn dem Auswärtigen Amt wird ja gerade vorgeworfen, die Einreisenden leichtfertig mit formal korrekten Visa ausgestattet zu haben. In Wahrheit dürften die Beamten an der Grenze in diesen zwei Jahren einfach genauer hingeschaut haben.

Die Polizeistatistik gliedert einzelne Deliktbereiche nicht mehr nach Nationalitäten der Verdächtigen auf, aber sie unterscheidet auch dort zwischen "Touristen" und anderen Ausländern. Bei der Visa-Affäre geht es fast ausschließlich um Ausländer, die formal als "Touristen" eingereist sind. Unter allen Touristen aus aller Welt, nicht etwa nur aus der Ukraine, waren in den Jahren 2000 bis 2003 jeweils rund 200, die einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung verdächtig waren, kaum mehr als zehn, denen Zuhälterei vorgeworfen worden ist, weniger als 50, die des Menschenhandels verdächtig wurden. Natürlich wären, wenn die Vorwürfe stimmten, die Menschen, die aus der Ukraine kamen, zumeist Opfer und nicht Täter gewesen. Aber es müssten auch Täter darunter gewesen sein. Die Zahlen der amtlichen Kriminalstatistik sind mit Vermutungen, mehrere

zehntausend Opfer seien nach Deutschland geschleust und unter menschenunwürdigen Bedingungen zwangsweise hier festgehalten worden, nur schwer in Einklang zu bringen.

Das Bundeskriminalamt veröffentlicht jährlich ein "Lagebild Menschenhandel"; es erfasst einen sehr schmalen, für die Visa-Affäre aber zentralen Kriminalitätsbereich. Menschenhandel begeht nach dem Strafgesetzbuch, wer Frauen in einer Zwangslage aus materiellen Motiven zur Prostitution anhält. Diese Statistik erfasst auch die Herkunft der Opfer. Aus der Ukraine stammten 1999, also vor dem neuen Visa-Erlass, 174 Opfer, 2000 waren es 115, ein Jahr später 128, 2002 sank die Zahl auf 86 und stieg 2003 wieder auf 103. Im Schnitt sank also während der liberalen Visazeit die Zahl der Opfer aus der Ukraine. Zugleich stieg die Zahl der rumänischen und bulgarischen Opfer. Das Bundeskriminalamt ermittelt auch eine "Opferbelastungszahl", die die Zahl der Opfer in Deutschland mit der Zahl der Frauen des Heimatlandes im Alter von 15 bis 30 Jahren in Relation setzt. Diese Kennzahl lautete 2002 für die Ukraine 1,2 und 2003 1,6. Zum Vergleich: Die höchste Opferbelastungszahl für Litauen liegt bei 24,3 beziehungsweise 22,1.

Mafiosi hätten von der deutschen Visapolitik profitiert, lautet ein weiterer Vorwurf. Das BKA gibt regelmäßig auch ein Lagebild organisierte Kriminalität heraus. Ukrainer spielen in diesen Berichten kaum eine Rolle, nur für 2001 werden sie einzeln ausgewiesen. In dem Bericht für 2001 immerhin ist vermerkt, dass die Ukraine wichtigstes Herkunftsland der Geschleusten geworden sei.

Von den insgesamt 787 Verfahren, die 2001 der organisierten Kriminalität zugeordnet wurden, betrafen 55 das Einschleusen von Ausländern, 89 die Kriminalität im Zusammenhang mit dem Nachtleben. Dazu zählen insbesondere Menschenhandel und Zuhälterei. Diese oft besonders brutale Form sexualisierter Gewalt wird in organisierter Form zumeist von Deutschen begangen. "Danach folgen mit weitem Abstand türkische, jugoslawische, polnische, russische und litauische Gruppen", heißt es in dem amtlichen Bericht von 2001. Von Ukrainern ist nicht die Rede.

Insgesamt hat die deutsche Polizei im Jahre 2001 gegen 7844 Tatverdächtige ermittelt, die der organisierten Kriminalität zugerechnet wurden. Davon waren 154 ukrainischer Staatsangehörigkeit. Und von diesen 154 Ukrainern war einer bewaffnet.

Soweit die Kriminalstatistik. Könnte sein, dass viele von denen, die in Kiew ein Visum bekamen, aus ganz anderen Gründen eingereist sind. Es gibt Hinweise darauf, dass die Reisettermine in einem erkennbaren Zusammenhang mit den Erntezeiten stehen - vor allem mit jenen in Spanien und Portugal.

16.02.2005 - aktualisiert: 16.02.2005, 06:14 Uhr

 nach oben

© 2005 Stuttgarter Zeitung online | Impressum | Leserbrief schreiben

URL dieser Druckversion:

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/877380>

Original-Artikel:

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/877380>